

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 1. bis 4. Oktober 2018

[27-09-2018 - 15:59]

Strengere Klimaziele für Autos bis 2030	3
Am Mittwoch stimmt das Parlament über ein neues Gesetz ab, mit dem der CO2-Ausstoß von Neufahrzeugen gesenkt und der Marktanteil von emissionsfreien und armen Fahrzeugen erhöht werden soll.	
Überarbeitung der Richtlinie zu audiovisuellen Medien	4
Abgestimmt wird über die Neufassung der Regeln für audiovisuelle Mediendienste. Ziel ist ein besserer Schutz für Kinder und ein Anteil europäischer Inhalte von 30% bei Videoabrufdiensten.	
Europäischer Rat: Debatte zu Schwerpunkten des EU-Gipfels am 18. Oktober .	5
Die Abgeordneten werden am Dienstagmorgen über die Schwerpunktthemen des Europäischen Rates am 18. Oktober in Brüssel diskutieren: Brexit, Migration, Sicherheit.	
Lage der Rechtsstaatlichkeit in Rumänien: Debatte zur Unabhängigkeit der Justiz	6
Die Abgeordneten werden am Mittwoch in Anwesenheit von Premierminister Viorica Dăncilă über die jüngsten Justizreformen in Rumänien und ihre Auswirkungen auf die Gewaltenteilung diskutieren.	
Entziehung von Wahlrechten in der EU: Befragung von Kommission und Rat im Plenum	7
Die Abgeordneten wollen am Dienstag Kommission und Rat zum Schutz der Rechte von EU-Bürgern, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat leben, bei nationalen und Europawahlen befragen.	
Plenardebatte mit dem estnischen Premier Jüri Ratas über die Zukunft Europas	8
Der estnische Premierminister Jüri Ratas ist der zehnte in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der mit den Abgeordneten die Zukunft Europas erörtert.	
Rechtsstaatlichkeit: 70 Millionen Euro weniger an EU-Unterstützung für Türkei .	9
Die Heranführungshilfen für die Türkei sollen um 70 Millionen Euro gekürzt werden, da eine Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit weiter ausbleibt. Die Abstimmung findet am Dienstag statt.	
Weitere Tagesordnungspunkte	10



Armin WISDORFF

ROLE: Press Officer
BXL: (+32) 2 28 40924
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: +32 498 98 13 45
EMAIL: armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

ROLE: Press Officer
BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: michaela.findeis@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

ROLE: Press officer
STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 172 57 196
EMAIL: judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

ROLE: Press officer
STR: (+33) 3 881 74646
PORT: (+43) 676 550 3126
EMAIL: huberta.heinzel@ep.europa.eu

</news/de/agenda/briefing/2018-10-01>

Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [Podcasts des Wissenschaftlichen Dienstes zu Schwerpunktthemen der Plenartagung](#)

Strengere Klimaziele für Autos bis 2030

Am Mittwoch stimmt das Parlament über ein neues Gesetz ab, mit dem der CO₂-Ausstoß von Neufahrzeugen gesenkt und der Marktanteil von emissionsfreien und armen Fahrzeugen erhöht werden soll.

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments schlägt vor, ein höheres Ziel von 45% für die Reduzierung der EU-weiten Emissionen von Neuwagen bis 2030 festzulegen (im Vergleich zu dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen Ziel von 30%, Referenzjahr 2020) und bis 2025 ein Zwischenziel von 20% festzulegen. Für leichte Nutzfahrzeugen sollen ähnliche Ziele gelten.

Die Automobilhersteller müssten auch sicherstellen, dass der Anteil von batteriebetriebenen und Fahrzeugen mit alternativem Antrieb – die weniger als 50g CO₂ pro Kilometer ausstoßen – deutlich steigt. So sollen 2025 20% aller Neuzulassungen in diese Kategorie fallen und 2030 40%.

Hintergrundinformationen

Der Verkehrssektor ist der einzige große Wirtschaftssektor in der EU, in dem die Treibhausgasemissionen weiterhin steigen, so der Text. Um die Verpflichtungen einhalten zu können, die die EU auf der 21. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) 2015 in Paris eingegangen ist, muss die Dekarbonisierung des Verkehrssektors beschleunigt werden, und die Treibhausgasemissionen dieses Sektors müssen bis Mitte des Jahrhunderts eine klare Tendenz Richtung null aufweisen.

Gleichzeitig verändert sich die globale Automobilbranche durch Innovationen bei elektrischen Antriebssystemen rasant. Wenn sich die europäischen Automobilhersteller erst spät an der notwendigen Energiewende beteiligen, laufen sie Gefahr, ihre führende Rolle zu verlieren, heißt es im Bericht.

Debatte: Dienstag, den 2. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, den 3. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Pressekonferenz: Mittwoch, den 3. Oktober, 15:00 Uhr

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf zur Verringerung der CO₂Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(11.09.2018\)](#)
- [Berichterstatter Miriam Dalli \(S&D, MT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen „CO₂ standards for new cars and vans“ \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Überarbeitung der Richtlinie zu audiovisuellen Medien

Abgestimmt wird über die Neufassung der Regeln für audiovisuelle Mediendienste. Ziel ist ein besserer Schutz für Kinder und ein Anteil europäischer Inhalte von 30% bei Videoabrufdiensten.

Die überarbeiteten Rechtsvorschriften gelten wie bisher für Rundfunkanstalten, werden aber auf Video-On-Demand- und Video-Sharing-Plattformen wie Netflix, YouTube, Facebook und Videoplattformen mit Live-Streaming ausgeweitet.

Die neuen Regeln zum Schutz von Kindern verpflichten Online-Plattformen nun zu Maßnahmen gegen gemeldete Inhalte, die zu Gewalt, Hass und Terrorismus aufstacheln, und verschärfen die Vorschriften für Werbung und Produktplatzierung in Kinderprogrammen.

Neue Vorschriften für die Werbung

Außerdem werden neue allgemeine Regeln für die Werbung festgelegt. Die Werbung kann nur maximal 20% der täglichen Sendezeit zwischen 6:00 und 18:00 Uhr ausmachen, mit einem Prime-Time-Fenster zwischen 18:00 und 0:00 Uhr.

Abstimmung: Dienstag, den 2. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Pressekonferenz: Mittwoch, den 3. Oktober um 10:00 Uhr

Weitere Informationen

- [Mit dem Rat vereinbarter Text \(Juni 2018, auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung: „Committee endorses the agreement on new audiovisual media rules“ \(11.07.2018, auf Englisch\)](#)
- [Berichterstatterin Sabine Verheyen \(EVP, DE\)](#)
- [Berichterstatterin Petra Kammerevert \(S&D, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen \(auf Englisch\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Europäischer Rat: Debatte zu Schwerpunkten des EU-Gipfels am 18. Oktober

Die Abgeordneten werden am Dienstagmorgen über die Schwerpunktthemen des Europäischen Rates am 18. Oktober in Brüssel diskutieren: Brexit, Migration, Sicherheit.

Es bleiben nur wenig mehr als sechs Monate, bis das Vereinigte Königreich am 30. März 2019 die EU verlassen wird. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten werden – ohne die britische Regierung – den Stand der Verhandlungen hinsichtlich der Bestimmungen für das Austrittsabkommen erörtern.

Debatte: Dienstag, den 2. Oktober

Verfahren: Debatte ohne Entschließung

Weitere Informationen

- [Tagesordnung des nächsten EU-Gipfels](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)
- [Entschließungen des Europäischen Parlaments zum Brexit](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Lage der Rechtsstaatlichkeit in Rumänien: Debatte zur Unabhängigkeit der Justiz

Die Abgeordneten werden am Mittwoch in Anwesenheit von Premierminister Viorica Dăncilă über die jüngsten Justizreformen in Rumänien und ihre Auswirkungen auf die Gewaltenteilung diskutieren.

Eine entsprechende Entschließung wird im November zur Abstimmung im Plenum gestellt.

Das Europäische Parlament hat bereits im Februar letzten Jahres nach massiven Protesten auf der Straße [über die Rechtsstaatlichkeit in Rumänien diskutiert](#), nachdem das rumänische Parlament eine Justizreform und Änderungen der Vorschriften über Interessenkonflikte beschlossen hatte. Auch das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung wurden geändert, aber diese Änderungen werden derzeit vom Verfassungsgericht überprüft.

Im letzten Monat gingen wieder Demonstranten auf die Straße, um gegen Korruption und Änderungen des Justizsystems zu protestieren. Bei Zusammenstößen mit der Bereitschaftspolizei wurden mehrere Personen verletzt.

Die Europäische Kommission [warnte im Januar vor den Auswirkungen](#), die die erwähnten Änderungen auf die Unabhängigkeit der rumänischen Justiz und ihrer Fähigkeit, die Korruption wirksam zu bekämpfen, haben könnten. Vor der Plenardebatte wird Frans Timmermans, der erste Vizepräsident der EU-Kommission, am Montag, den 1. Oktober, [im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten](#) sein, um mit den Abgeordneten die Situation im Land zu erörtern.

Debatte: Mittwoch, den 3. Oktober

Abstimmung: November

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission, mit anschließender Aussprache und Entschließung

Weitere Informationen

- [Bericht über Rumäniens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens \(15.11.2017\)](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Entziehung von Wahlrechten in der EU: Befragung von Kommission und Rat im Plenum

Die Abgeordneten wollen am Dienstag Kommission und Rat zum Schutz der Rechte von EU-Bürgern, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat leben, bei nationalen und Europawahlen befragen.

Im Hinblick auf die bevorstehende Europawahl im Mai 2019 werden die Abgeordneten Kommission und Rat fragen, ob sie beabsichtigen, Maßnahmen zu ergreifen, um das Recht aller EU-Bürger zu schützen, entweder in ihrem Herkunftsland oder in ihrem Gastland wählen zu dürfen. Die Kommission soll Auskunft darüber erteilen, sie den Umstand, dass Bürger in ihrem Wahlrecht eingeschränkt werden oder es ihnen ganz entzogen wird, wenn sie in einen anderen EU-Mitgliedstaat ziehen, als Verletzung der in den EU-Rechtsvorschriften verankerten Freizügigkeit ansieht.

Sechs EU-Mitgliedstaaten (Dänemark, Deutschland, Irland, Malta, das Vereinigte Königreich und Zypern) entziehen ihren Staatsbürgern, die im Ausland leben, das Wahlrecht bei nationalen Wahlen. Grundlage hierfür ist die Annahme, dass im Ausland lebende Staatsbürger nicht von den politischen Entscheidungen, die in ihrem Herkunftsland getroffen werden, betroffen seien. Diese Mitgliedstaaten entziehen ihren Staatsbürgern auch das Wahlrecht bei der Europawahl, wenn sie dauerhaft in einem Drittland leben. Zwei dieser Mitgliedstaaten (Irland und das Vereinigte Königreich) tun dies sogar, wenn ihre Staatsbürger in einem anderen EU-Mitgliedstaat leben. In einigen Mitgliedstaaten (z. B. in Spanien und Portugal) sind nur unzureichende oder gar keine Einrichtungen vorhanden, die die Stimmabgabe aus dem Ausland ermöglichen. Das ist ein Hindernis für die Ausübung des Wahlrechts, stellt die Abgeordnete Cecilia Wikström im Namen des Petitionsausschusses fest.

Debatte: Dienstag, den 2. Oktober

Verfahren: Parlamentarische Anfrage

Weitere Informationen

- [Parlamentarische Anfrage an die Kommission zur Entziehung von Wahlrechten in der EU](#)
- [Parlamentarische Anfrage an die Kommission zur Entziehung von Wahlrechten in der EU](#)

Plenardebatte mit dem estnischen Premier Jüri Ratas über die Zukunft Europas

Der estnische Premierminister Jüri Ratas ist der zehnte in einer Reihe von EU-Staats- und Regierungschefs, der mit den Abgeordneten die Zukunft Europas erörtert.

Die Aussprache, an der auch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker teilnimmt, findet am Mittwochmorgen ab 10:00 Uhr statt.

Jüri Ratas ist seit November 2016 Premierminister der Republik Estland. Er ist auch Vorsitzender der Estnischen Zentrumspartei.

Nach dem irischen Premierminister [Leo Varadkar](#) am 17. Januar, dem kroatischen Premierminister [Andrej Plenković](#) am 6. Februar, dem portugiesischen Premierminister [António Costa](#) am 14. März, dem französischen Präsidenten [Emmanuel Macron](#) am 17. April, dem belgischen Premier [Charles Michel](#) am 3. Mai, dem luxemburgischen Regierungschef [Xavier Bettel](#) am 30. Mai, dem niederländischen Premier [Mark Rutte](#) am 13. Juni, dem polnischen Premier [Mateusz Morawiecki](#) am 4. Juli und dem griechischen Premier [Alexis Tsipras](#) am 11. September wird die Aussprache mit Jüri Ratas die zehnte in einer Reihe von Debatten zwischen den Staats- bzw. Regierungschefs der EU und den Abgeordneten des Europäischen Parlaments über die Zukunft der Europäischen Union sein.

Ende Oktober wird der rumänische Präsident Klaus Werner Iohannis die Debattenreihe in Straßburg fortführen.

Der Präsident des Europäischen Parlaments [Antonio Tajani](#) und Jüri Ratas werden nach der Debatte um 12:30 Uhr vor dem Protokollsaal eine gemeinsame Pressekonferenz abhalten.

Debatte: Mittwoch, den 3. Oktober

Verfahren: Debatte ohne Entschließung

Pressekonferenz: Mittwoch, den 3. Oktober um 12:30 Uhr vor dem Protokollsaal (vorbehaltlich Bestätigung).

Weitere Informationen

- [Webseite des estnischen Ministerpräsidenten Jüri Ratas](#)
- [Debattenserie zur Zukunft Europas](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Rechtsstaatlichkeit: 70 Millionen Euro weniger an EU-Unterstützung für Türkei

Die Heranführungshilfen für die Türkei sollen um 70 Millionen Euro gekürzt werden, da eine Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit weiter ausbleibt. Die Abstimmung findet am Dienstag statt.

Im November letzten Jahres beschlossen Parlament und Rat, 70 Millionen Euro an Heranführungshilfen für die Türkei (70 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen und 35 Millionen Euro an Zahlungsermächtigungen) in die Reserve des EU-Haushalts einzustellen, unter der Bedingung freizugeben, dass die „Türkei laut dem Jahresbericht der Kommission hinreichende messbare Verbesserungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und Pressefreiheit umgesetzt hat.“

Die Kommission hat jedoch in ihrem am 17. April 2018 veröffentlichten [Jahresbericht](#) über die Türkei keine Belege für solche Verbesserungen gefunden. Die Bedingungen wurden somit nicht erfüllt, und die Abgeordneten werden den Entwurf des [Berichtigungshaushaltsplans 5/2018](#) unterstützen, in dem die Kommission vorschlägt, die für die Türkei bestimmten Mittel zur Stärkung der Programme im Bereich Migration zu übertragen.

Abstimmung: Dienstag, den 2. Oktober

Verfahren: Haushaltsverfahren

Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(25.09.2018\)](#)
- [Berichterstatter : Siegfried Muresan \(EVP, RO\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union - Bericht: Anna Maria Corazza Bildt, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen - Bericht: Nathalie Griesbeck, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung - EGF/2018/001 NL/Finanzdienstleistungen - Bericht: Ivana Maletić, *Abstimmung Dienstag*
- Ansprache des Präsidenten Montenegros, Milo Đukanović, *Feierliche Sitzung, Dienstag*
- Unterstützung der EU für das UNRWA nach der Einstellung der finanziellen Unterstützung für das UNRWA durch die USA - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Debatte Dienstag*
- Lage im Jemen - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Debatte Dienstag, Abstimmung Donnerstag*
- Humanitärer Notstand im Mittelmeer: Unterstützung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften - Anfragen zur mündlichen Beantwortung, *Debatte Mittwoch*
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung von Gesundheitstechnologien und zur Änderung der Richtlinie 2011/24/EU, Bericht: Soledad Cabezon Ruiz, *Debatte Montag, Abstimmung Mittwoch*
- Harmonisierung und Vereinfachung bestimmter Regelungen des Mehrwertsteuersystems; Mehrwertsteuersätze – Berichte: Jeppe Kofod, Tibor Szanyi; *Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) - Bericht: Axel Voss, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Dezentrale Transaktionsnetzwerke und Blockkettensysteme: mehr Vertrauen durch verringerte Kreditmittlertätigkeit - Anfrage zur mündlichen Beantwortung, *Debatte Mittwoch*
- Strategiepaket für die öffentliche Auftragsvergabe - Bericht: Carlos Coelho, *Debatte und Abstimmung Donnerstag*
- Beitrag der EU zu einem verbindlichen Instrument betreffend transnationale Wirtschaftsunternehmen im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen, Anfragen zur mündlichen Beantwortung, *Debatte Dienstag*
- Bekämpfung von Zollbetrug und Schutz der Eigenmittel der EU, Erklärung der Kommission mit Entschließung, *Debatte Montag, Abstimmung Mittwoch*
- EU-Agenda für ländliche Gebiete, Bergregionen und entlegene Gebiete, Erklärung der Kommission mit Entschließung, *Debatte Montag, Abstimmung Mittwoch*